Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **58 (1979)**

Heft 6

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Die Internationale in Luxemburg

Zum erstenmal seit dem Kongress in Vancouver (November 1978) tagte das Büro der Sozialistischen Internationale, das leitende Gremium, in dem alle Mitgliedsparteien Sitz und Stimme haben, am 27. und 28. April in Luxemburg als Gäste der «Lëtzebuerger Sozialistesch Arbechterpartei», wie die Bezeichnung der Luxemburger Sozialisten im Dialekt des Landes lautet. In den Vorsitz der Tagung teilten sich der nach einer schweren Erkrankung genesene Präsident der Internationale, Willy Brandt, mit den Vizepräsidenten Simon Peres (Israel) und Mario Soares (Portugal). Es waren vor allem weltpolitische Probleme, die besprochen wurden, ohne dass irgendwelche neue, wegweisende Beschlüsse gefasst worden wären.

Das heissumstrittene Problem Zypern war in Vancouver ein Zankapfel gewesen: dort vertraten die griechisch-zypriotischen Sozialisten (die keine Mitgliedspartei der Internationale sind) ihren Standpunkt mit Aggressivität, und die türkischen Sozialdemokraten, die Partei des gegenwärtigen Regierungschefs Bület Ecevit, verfochten ihren gegenteiligen Standpunkt mit kaum geringerer Aggressivität. In Luxemburg versandete ein Versuch, die Diskussion wiederaufzunehmen, an der Tatsache, dass nur die türkische Partei anwesend war, deren Vertreter Dr. Muammer Aksoy, Professor für Verfassungsrecht an der Universität Ankara, ihren Standpunkt in etwas akademischerer Form, aber nicht weniger entschieden vortrug.

Breiten Raum in den Beratungen nahm die Erstattung von Berichten über die Situation in Lateinamerika ein, ein für den internationalen Sozialismus immer wichtiger werdendes Gebiet. Es gab Berichte von Mitgliedsparteien aus Chile (Radikale Partei in Emigration), Costarica, der Dominikanischen Republik und El Salvador, aber das stärkste Interesse fanden die Reden von zwei Vertretern einer befreundeten Organisation, der Bewegung der «Sandinisten» aus Nikaragua, die im Vordergrund des Kampfes gegen den ebenso brutalen wie korrupten Diktator Somoza steht. Die Internationale hat sich schon in Vancouver auf die Unterstützung des Kampfes der Sandinisten verpflichtet und das gleiche von ihren Mitgliedsparteien verlangt.

Wiederholt vorher hatte die Internationale Gelegenheit gehabt, sich mit dem höchst komplizierten Problem der Entkolonisierung der Westlichen Sahara in Afrika zu befassen, ein viel zu kompliziertes Problem, als dass wir es im Rahmen dieses kurzen Berichtes in allen Einzelheiten darstellen könnten. Es geht um die Aufteilung des Erbes der spanischen Kolonialpolitik, und es ist der spanischen Mitgliedspartei (PSOE) darum Herzenssache, zu einer demokratischen Regelung beizutragen. Sie sieht das in der bedingungslosen Unterstützung der «Polisario-Front» genannten Befreiungsbewegung, die Selbstbestimmung für das «Volk der Westlichen Sahara» oder Saharaui verlangt. Das stösst auf den leidenschaftlichen

Widerstand der Staaten Marokko und Mauretanien, die behaupten, die Polisario-Bewegung sei nichts als eine von Algerien vorgeschobene Scheinbewegung. Algerien wolle auf diese Weise auf Kosten Marokkos und Mauretaniens einen territorialen Gewinn erzielen, der dem Land Zugang zum Atlantischen Ozean geben würde. Alle Beteiligten behaupten von ihren Gegenspielern, dass es diesen nur darum gehe, sich in den Besitz der wertvollen Phosphatvorkommen in der Westlichen Sahara zu setzen.

Die Internationale hat die Streitparteien zunächst in der Bürositzung in Rom (Oktober 1977) angehört und hat sich dann für eine zwischen allen Beteiligten einschliesslich von Polisario vereinbarte Lösung des Problems ausgesprochen. Inzwischen ist dort eine gewisse Beruhigung eingetreten, was die Internationale auf der Bürositzung in Paris (September 1978) begrüsst und zu einer Aufforderung an die Parteien benützt hat, im Verhandlungswege eine schnelle Lösung zu finden. Auf der Tagung in Luxemburg machte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, vertreten durch Jean-Pierre Métral, den Peter Rüegg unterstützte, gemeinsam mit der PSOE und der Radikalen Partei Chiles einen Vorschlag, die Internationale möge aus der Reserve hervortreten und aussprechen, dass Polisario der einzig legitime Repräsentant des Saharaui-Volkes ist. Métral verwies darauf, dass er das Problem in Afrika studiert habe. Wieder wurde sowohl Polisario als auch Vertretern Marokkos und Algeriens das Wort zur ausführlichen Darlegung ihres Standpunktes gegeben (das arme Mauretanien hatte keinen Vertreter geschickt). Die schliesslich angenommene Resolution geht nicht soweit, wie es die SPS gewünscht hätte. Sie verlangt eine «politische, gerechte und dauernde Lösung», die das Selbstbestimmungsrecht des Saharaui-Volkes verwirklicht, begrüsst die eingetretene Entspannung und fordert Marokko, Mauretanien und die Polisario-Bewegung auf, eine Lösung zu vereinbaren.

Von der SPS kamen zwei weitere, positiv aufgenommene Vorstösse. Ausgehend von der Banken-Initiative, verlangte Métral, die Internationale möge sich mit den Problemen der Steuerhinterziehung im internationalen Massstab, Kapitaltransfers und Bankengesetzgebung befassen. Es gehe nicht um die technischen Fragen, sondern um die politischen Aspekte der Problematik. Die SPS werde in einem Memorandum zuhanden der Internationale die einschlägigen Fakten darlegen. Es wurde beschlossen, das Problem auf die Traktandenliste der nächsten Bürositzung zu setzen. Métral beantragte weiter, die Internationale möge das Problem der Kernenergie studieren. Er hatte keine Einwendungen zu einem weitergehenden Vorschlag, sich mit dem Energieproblem als solchem zu befassen, bestand aber darauf, dass die Frage der Kernenergie nach Harrisburg im Vordergrund stehen müsse.

Über die durch die Ausschaltung der politischen Parteien aus der Regierungstätigkeit jetzt von rechts bedrohte Lage in Portugal berichtete Mario Soares. Die Haltung der sozialistischen Parteien der neun EWG-

Länder zu den Direktwahlen ins Europäische Parlament legte Robert Pontillon (Frankreich) dar.

Von den im Rahmen der Internationale bestehenden Studiengruppen will die über Abrüstung ihre Arbeiten Ende 1979 abschliessen und dem Kongress von 1980 berichten. Eine dreigliedrige Studiengruppe für Menschenrechte, der für die SPS Andreas Blum angehört, hofft, ihren Bericht im nächsten Jahr erstatten zu können, eine Arbeitsgruppe über Beschäftigungspolitik noch 1979. Eine im Vorjahr eingesetzte Arbeitsgruppe, die eine neue Grundsatzerklärung der Internationale fertigstellen soll, wird dem Kongress von 1980 einen vorläufigen Bericht erstatten und glaubt, den Entwurf einer neuen Erklärung dem Kongress von 1982 vorlegen zu können.

Früher hat man die Bürositzungen nach Bedarf meist nach London, dem Sitz der Organisation, einberufen. Jetzt hat man sich für regelmässige Sitzungen zweimal im Jahr mit verschiedenen Tagungsorten entschieden. Nach dem angenommenen Zeitplan soll das Büro wieder am 30. und 31. Oktober in Lissabon und 12. und 13 Juni 1980 in Oslo tagen. Den nächsten Kongress will man vom 13. bis 16. November 1980 in einem noch zu bestimmenden Ort in Spanien abhalten. *J. W. Brügel*